



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen

Aufruf der Bürgerallianz Thüringen zur Demonstration für eine Regierung aus Linken, SPD und Grünen

Treffpunkt: am Sonntag, den 25. 10. 2009, um 14.00 Uhr vor dem Messegelände in Erfurt.

Die CDU-Landesregierung Althaus wurde durch die Bürger am 30. August 2009 abgewählt.

Die Wahlergebnisse von den Parteien DIE LINKE, SPD und Grüne machen deutlich, dass eine Mehrheit der Wähler in Thüringen den Politikwechsel wollte und noch will.

Dieser Wählerwille wird jetzt jedoch durch die geplante Regierungsbildung von CDU und SPD grob missachtet und ruft unseren Protest hervor.

Die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V. hat sich ebenfalls aktiv für einen Regierungs- und Politikwechsel in Thüringen eingesetzt.

Wir sind als Bürgerallianz grundsätzlich parteipolitisch unabhängig und neutral.

Wir ergreifen aber dann Partei, wenn es um die Durchsetzung der berechtigten Forderungen der Bürger nach sozial vertretbaren Kommunalabgaben in Thüringen geht.

Dies schließt die Forderung nach Abschaffung der ungerechten und nicht mehr zeitgemäßen Abwasser- und Straßenausbaubeiträge ein.

Grundsätzlichen Reformen im Kommunalabgabenrecht hat sich die CDU verweigert und ist deshalb für uns nicht mehr regierungsfähig.

DIE LINKE und die GRÜNEN haben sich vor der Landtagswahl für Reformen, insbesondere auch für die Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau, ausgesprochen.

Die SPD will zumindest die finanzielle Belastung der Bürger durch Kommunalabgaben begrenzen. Insofern sehen wir in der Frage „Sozial gerechte Kommunalabgaben in Thüringen“ Gemeinsamkeiten zwischen der LINKEN, der SPD und den Grünen.

Wir haben deshalb in einem offenen Brief gleich nach der Landtagswahl an diese drei Parteien appelliert, sich auf die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung zu verständigen und sich nicht von ideologischen und persönlichen Befindlichkeiten treiben zu lassen.

Nur eine Landesregierung ohne CDU-Beteiligung eröffnet überhaupt die Chance endlich ein modernes und sozial gerechtes Kommunalabgabenrecht in Thüringen ohne Zwangsbeiträge einzuführen.

Wir meinen, eine Landesregierung unter Führung der CDU wird weiterhin Ungerechtigkeiten bei Kommunalabgaben zur Folge haben. Notwendige Reformen werden ausbleiben.

Deshalb lehnen wir als Dachverband zahlreicher Thüringer Bürgerinitiativen, die sich für sozial gerechte Kommunalabgaben einsetzen, eine solche Landesregierung unter Beteiligung der CDU ab.

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Entscheidung des SPD-Landesvorstandes, ein Regierungsbündnis mit der CDU einzugehen, unter Missachtung des Wählerwillens.

Das Argument einer Mehrheit im SPD-Landesvorstand, die Sondierungsgespräche mit der LINKEN und den Grünen sei am Festhalten der LINKEN am Posten des Ministerpräsidenten gescheitert, ist für uns nicht akzeptabel.

Es ist schon immer ein Grundsatz in der Demokratie, dass in Koalitionsverhandlungen die stärkste Partei das erste Vorschlagsrecht für das Amt des Ministerpräsidenten hat.

Zudem war der Vorschlag der LINKEN, sich im Rahmen einer Findungskommission auf einen Ministerpräsidentenkandidaten zu verständigen, ein akzeptabler Kompromiss.

Wir sehen eine hohe Übereinstimmung in den Wahlaussagen der LINKEN, der SPD und der Grünen. Insofern spricht alles für eine gemeinsame Landesregierung.

Jetzt besteht die einmalige Chance für eine neue Politik in Thüringen im Interesse der hier lebenden Menschen.

Der SPD-Landesparteitag muss entscheiden. Die Zukunft der SPD steht auf dem Spiel!

Wir haben die Erwartung, dass eine Mehrheit des SPD-Parteitages den Wählerwillen respektiert und eine Landesregierung aus CDU und SPD ablehnt.

Damit wäre der Weg für neue Verhandlungen zwischen LINKEN, SPD und Grüne eröffnet.

Einer künftigen Landesregierung ohne CDU-Beteiligung wären wir ein kritisch-konstruktiver Partner.